

BR/GT I/13 d/69

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ
ÜBER DIE EINFÜHRUNG EINES EUROPÄISCHEN
PATENTTEILUNGSVERFAHRENS

Brüssel, den 30. September 1969
BR/GT I/13/69

- Sekretariat -

UEBERMITTLUNGSVERMERK

Die britische Delegation hat dem Sekretariat entsprechend der Vereinbarung, die in der Sitzung der Arbeitsgruppe I am 8. bis 11. Juli 1969 in Luxemburg getroffen worden war, ein Memorandum über die Zweigstellen des Europäischen Patentamts übermittelt [vgl. Dok. BR/7/69 Seiten 25 bis 27 Punkt 55].

Die Herren Mitglieder der Arbeitsgruppe I erhalten den Wortlaut dieses Memorandums in der Anlage.

BR/GT I/13 d/69 zat/QU/vw

Europäisches Patentamt

Prüfstellen

Memorandum der Delegation des Vereinigten Königreichs

1. Die Delegation des Vereinigten Königreichs hat sich in der Sitzung der Arbeitsgruppe in Luxemburg vom 8. bis 11. Juli 1969 bereiterklärt, ein Dokument auszuarbeiten, in dem der Standpunkt des Vereinigten Königreichs über den Sitz von Zweigstellen mit Prüfungsaufgaben dargelegt würde, und zwar insbesondere im Hinblick auf die Prüfung von in englischer Sprache eingereichten Anmeldungen. Im vorliegenden Dokument wird davon ausgegangen, dass das Europäische Hauptpatentamt seinen Sitz nicht in einem Staat mit englischer Landessprache haben wird.

2. Patentanmeldungen in englischer Sprache

Es ist unmöglich, die Zahl der jährlichen Eingänge solcher Anmeldungen auch nur einigermaßen genau vorauszusagen, da dies von der Meinung der Anmelder über die Zweckmässigkeit dieses Systems verglichen mit gesonderten nationalen Anmeldungen und natürlich von der Akzessibilität abhängt. Wenn das System jedoch erst einmal bei allen Fachzweigen volle Anwendung gefunden haben wird und von den Anmeldern und ihren Fachberatern allgemein akzeptiert sein wird, könnte sich die jährliche Zahl der Anmeldungen jeder Herkunft in englischer Sprache auf etwa 21.000 belaufen, wobei vom Mass der Aktivität der Erfinder im Jahr 1967 ausgegangen wird; unter Berücksichtigung der laufenden Zuwachsrates bei den Erfindungen könnte sich diese Zahl bis 1980 auf ungefähr 30.000 erhöhen. Wir sind der Ansicht, dass sich das Fachpersonal, das zur Bearbeitung der zuletzt genannten Eingänge getraucht würde, einschliesslich des leitenden und des juristischen Personals auf etwa 300 Personen belaufen würde. Ausserdem würde noch eine grössere Anzahl Hilfspersonal benötigt werden.

3. Voraussetzungen für die Einführung des Systems:

Obgleich das System schrittweise eingeführt werden muss, ist es wichtig, dass seine Funktionsfähigkeit ersichtlich wird und es so viel Arbeit auf sich zieht, dass es sich sofort selbst trägt. Zur Erreichung dieses Ziels ist es eindeutig von grösster Bedeutung, dass genügend Anmeldungen in englischer Sprache eingehen. Dies hängt wiederum von dem Vertrauen ab, welches die Benutzer des internationalen Patenterteilungsverfahrens und ganz besonders ihre Fachberater in diese neue Regelung setzen. Letztere werden diese Regelung sicherlich mit einer gewissen Zurückhaltung beurteilen und wahrscheinlich sehr bereit sein, hierfür gute Gründe zu finden. Sie werden sich insbesondere darüber vergewissern wollen, dass die Prüfer die Fähigkeiten besitzen, um in englischer Sprache gefasste Patentansprüche zu bearbeiten, wobei zu berücksichtigen ist, dass der genaue Wortlaut dieser Patentansprüche von grösster Bedeutung ist, um den Umfang der Rechte des Patentnehmers zu bestimmen. Ausserdem werden sie sich dafür interessieren, ob genügend Personal mit solchen Fähigkeiten vorhanden ist, damit keine Verzögerungen auftreten.

4. Die vom Europäischen Patentamt erteilten Patente sollen den Charakter nationaler Patente erhalten, die der Entscheidungsgewalt nationaler Gerichte unterworfen sind, und es kann daher sehr viel von einer genauen Auslegung einzelner Worte abhängen. Wir glauben, dass es für eine voll zufriedenstellende Prüfung von Patentanmeldungen erforderlich ist, dass das Fachpersonal entweder die Sprache der Beschreibung als Muttersprache spricht oder diese Sprache in hohem Grade beherrscht. Was die englische Sprache betrifft, so kennen wir aus Erfahrung, welche Schwierigkeiten entstehen, wenn Englisch nicht die Muttersprache des Prüfers ist. Ferner sind uns viele Unklarheiten bei der Durchführung von Abkommen begegnet, die von Fachleuten übersetzt worden waren, deren Muttersprache nicht Englisch war. Wir halten

es selbstverständlich für möglich, dass Prüfer mit ausreichenden Englischkenntnissen eingestellt werden, deren Muttersprache jedoch nicht Englisch ist; wir haben jedoch grosse Zweifel, dass sie in genügender Anzahl gefunden werden können. Es wäre vielleicht möglich, Personal auszubilden und dessen Kenntnisse auf das gewünschte Niveau zu bringen, meinen aber, dass dies der Zeit- und Kostenaufwand nicht zulässt. Wir sind ausserdem der Ansicht, dass englischsprechende Anmelder und deren fachliche Berater insbesondere bei Rechtsfragen nicht das gleiche Vertrauen in das Personal des Patentamts haben, wenn es Englisch nicht als Muttersprache spricht oder diese Sprache nicht völlig beherrscht; ein Prüfer, der diese Voraussetzung nicht erfüllt, könnte im Verkehr mit diesen Anmeldern und dessen Vertretern im Nachteil sein. Soweit uns bekannt ist, sind Prüfungen, im Unterschied zu den Nachforschungen über den Stand der Technik, nie in grösserem Rahmen von Prüfern durchgeführt worden, deren Muttersprache nicht die Sprache der Anmeldungen war.

5. Herkunft des Fachpersonals:

Wir glauben, dass das Personal mit englischer Muttersprache in der Praxis hauptsächlich wohl aus dem Vereinigten Königreich stammen wird. Das Europäische Patentamt wird anfangs eine grosse Anzahl erfahrener Prüfer benötigen, die von bestehenden nationalen Patentämtern zu übernehmen wären. Hinsichtlich der englischsprachigen Prüfer bedeutet dies praktisch die Uebernahme vom Patentamt des Vereinigten Königreichs. Nach Einrichtung des Europäischen Patentamts werden weitgehend nur noch junge Hochschulabsolventen eingestellt werden, die sich für eine lebenslängliche Einstellung am Ort des Europäischen Patentamts verpflichten.

6. Prüfungsort für Anmeldungen in englischer Sprache:

Unseres Erachtens dürfte viel Zeit vergehen, bevor entsprechend ausgebildete britische Staatsangehörige in ge-

nügender Zahl gefunden werden könnten, die eine ständige Stellung im Ausland annähmen. Wir meinen deshalb, dass das Problem der Anwerbung und Einstellung englischsprechender Prüfer so gross ist, dass die Prüfung von Anmeldungen in englischer Sprache aus praktischen Gründen in einem englischsprachigen europäischen Land durchgeführt werden sollte. Hier- von gibt es nur zwei, nämlich das Vereinigte Königreich und die Republik Irland.

7. Vorteile einer Zweigstelle im Vereinigten Königreich:

Wir rechnen damit, dass die Zweigstelle vollen Zugang zu den Einrichtungen des Patentamts des Vereinigten Königreichs und den nationalen wissenschaftlichen Bibliotheken haben wird. Letztere bieten unter anderem eine konkurrenzlose Sammlung technischer Zeitschriften mit derzeit 20.000 Titeln. Wir nehmen an, dass die derzeitigen Prüfer des Vereinigten Königreichs bereit wären, in eine Zweigstelle des Europäischen Patentamts im Vereinigten Königreich einzutreten; diese Kräfte wären zur Ausbildung von neu eingestelltem Personal besonders wertvoll. Das Patentamt des Vereinigten Königreichs verfügt über etwa 70 leitende Prüfer, von denen alle Erfahrung in verantwortlicher Entscheidung über praktische und administrative Patentfragen besitzen; ungefähr ein Drittel dieser Prüfer hat Erfahrung in der Arbeit auf patentrechtlichem Gebiet und geniesst das Vertrauen der Kreise, die ihre Klienten vor dem Patentamt des Vereinigten Königreichs vertreten. Ein Teil der genannten Prüfer wäre sicherlich bereit, in der Zweigstelle Dienst zu tun.

8. Kosten:

Das Bestehen einer Zweigstelle würde die allgemeinen Unkosten des Europäischen Patentamts sicherlich etwas erhöhen und wäre mit zusätzlichen Kosten für Dienstreisen und für die Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen Hauptpatentamt und Zweigstelle verbunden. Diese zusätzlichen Kosten würden durch Einsparungen bei den Auslandszulagen an das im Ausland Dienst tuende Personal ausgeglichen werden. Auch die Gesamtkosten für den Patentanmelder wären niedriger.

9. Einheitliche Verfahrensweise

Auf den ersten Blick könnte es schwierig erscheinen, bei der Hauptstelle und den Nebenstellen zu einer einheitlichen Verfahrensweise zu gelangen. Wir sind auch der Meinung, dass die Einheitlichkeit wichtig ist. In den einzelstaatlichen Patentämtern wird die Einheitlichkeit unter Prüfer-Gruppen jedoch nicht in erster Linie durch physische Nähe, sondern durch die Anwendung gemeinsamer Präzedenzfälle und gemeinsamer Vorschriften für die Verfahrensweise aufrechterhalten. Diese würden für das Europäische Patentamt jeweils durch die Berufungsinstanzen und die Zentralstelle des Patentamtes festgelegt. Letztere würde zwangsläufig einheitliche Verfahrensvorschriften vorlegen. Es müsste dafür gesorgt werden, dass bei den Entscheidungen des Patentamtes die Einheitlichkeit in hohem Masse gewahrt wird. Bis zu einem gewissen Grade wird dies dadurch gewährleistet, dass die Berufungsinstanzen einheitliche Rechtsvorschriften anwenden würden.

10. Personalaustausch

Von den Mitgliedern der Berufungsinstanzen abgesehen, könnte vereinbart werden, dass das übrige Personal der einzelnen Nebenstellen eine Zeitlang bei anderen Nebenstellen arbeitet; die Leiter der Nebenstellen müssten sich in regelmäßigen Abständen mit dem Präsidenten des Patentamtes treffen.

11. Weitere Nachforschungen

Das Patentamt würde die Prüfung anhand einer Nachforschung des IIB vornehmen. In einigen wenigen Fällen könnte es möglich sein, dass aufgrund einer Änderung der Patentbeschreibung im Anschluss an die Nachforschung eine weitere Nachforschung oder zumindest eine Ueberprüfung erforderlich wird. Unseres Erachtens sollte nicht versucht werden, die Hauptstelle oder die Nebenstellen für die Durchführung derartiger weiterer Nachforschungen auszustatten. Durch direkte Verbindungen zum IIB sollte eine rasche Fühlungnahme mit der Prüfgruppe im IIB möglich sein, die die ursprüngliche Nachforschung angestellt hat und am besten in der Lage ist, eine ergänzende Nachforschung möglichst einheitlich und kostensparend durchzuführen.

12. Andere Sprachen

In diesem Memorandum haben wir die Vorteile einer Nebenstelle für englischsprachige Patentanmeldungen dargelegt. Es ist durchaus denkbar, dass örtlich getrennte Nebenstellen für französisch- und für deutschsprachige Patentanmeldungen ebenso empfehlenswert wären. Wenn jedoch die Ansicht vertreten wird, dass es die oben dargelegten Personalfragen und sonstigen Faktoren zulassen, französisch- und deutschsprachige Patentanmeldungen an einer in einem EWG-Land gelegenen Hauptstelle mitzubearbeiten, hätten wir nichts dagegen einzuwenden. Dies ist eine Frage der Praxis, zu der sich andere Länder äussern sollten.

13. Regelung

Unserer Meinung nach spricht so viel dafür, das Europäische Patentsystem auf der Grundlage von Nebenprüfstellen einzuführen, dass es von Anfang an in dieser Weise aufgebaut werden sollte. Eine Alternative hierzu wäre der Versuch, es auf der Basis einer einzigen Zentralstelle aufzubauen und lediglich bei Personalschwierigkeiten Nebenstellen einzurichten. Diese Alternative ist jedoch unseres Erachtens deshalb nicht zufriedenstellend, weil keine Gewissheit dafür besteht, dass alle Komplikationen einer dreisprachigen Hauptstelle überwunden werden können. Ausserdem, wenn das System unter schlechten Vorzeichen anläuft, würden sich Abhilfemassnahmen erst Jahre später auswirken. Artikel 33 bedarf auf jeden Fall einer Änderung: entweder muss der Sitz einer oder mehrerer Nebenprüfstellen festgelegt werden oder es muss die Möglichkeit vorgesehen werden, sie in der gleichen Weise wie Dienststellen zu Informations- oder Verbindungszwecken durch Beschluss des Verwaltungsrates einzurichten.

